

Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg

Vom 13. Februar 2001

Aufgrund von Art. 6 in Verbindung mit Art. 81 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch die jeweils maskuline Form in der nachstehenden Satzung bringt den Auftrag der Hochschule, im Rahmen ihrer Aufgaben die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen und die für Frauen bestehenden Nachteile zu beseitigen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen oder andere Kennzeichnungen für weibliche und männliche Personen (z. B. Bewerberin/Bewerber) wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

Erster Teil Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck der Prüfung

(1) ¹Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums des Internationalen Wirtschaftsrechts. ²Durch sie soll festgestellt werden, ob der Kandidat die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten, die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und die Zusammenhänge seines Faches überblickt.

(2) ¹Die Diplomvorprüfung schließt das Grundstudium ab. ²Sie dient der Feststellung, ob das Ziel des Grundstudiums erreicht ist. ³Ihr Bestehen berechtigt nach Maßgabe der Studienordnung zur Aufnahme des Hauptstudiums.

§ 2

Diplomgrad

Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung wird der akademische Grad „Diplom-Wirtschaftsjurist Univ.“ bzw. „Diplom-Wirtschaftsjuristin Univ.“ (beide Male abgekürzt „Dipl.-jur. oec. Univ.“) verliehen, an Absolventinnen auf Antrag in männlicher Form.

§ 3

Studiendauer, Gliederung des Studiums und der Prüfungen, Leistungspunktsystem

(1) ¹Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Zeit für die Prüfungen und die Anfertigung der Diplomarbeit neun Semester. ²Das viersemestrige Grundstudium wird mit der Diplomvorprüfung, das anschließende Hauptstudium mit der Diplomprüfung abgeschlossen. ³Der Höchstumfang der zum planmäßigen Studium erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 168 SWS; davon entfallen auf das Grundstudium 87 SWS.

(2) ¹Die Prüfungen der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung werden in einem studienbegleitenden Prüfungsverfahren, die Diplomprüfung außerdem mit Leistungspunktsystem abgelegt. ²Bestandene Prüfungen werden in der Diplomprüfung mit Kreditpunkten, nicht bestandene Wiederholungsprüfungen mit Maluspunkten ausgewiesen. ³Die Zahl der möglichen Kreditpunkte und der zulässigen Maluspunkte ist für die Diplomprüfung in der Anlage I festgelegt. ⁴Eine zweite Wiederholung ist nur nach Maßgabe von § 22 Abs. 3 zulässig.

(3) Die Diplomprüfung besteht aus den Fachprüfungen und der Diplomarbeit.

§ 4

Prüfungstermine, Melde- und Prüfungsfristen

- (1) ¹Die Prüfungen der Diplomvorprüfung sollen bis zum Ende des vierten Semesters abgelegt werden. ²Der Student hat sich so rechtzeitig zu den einzelnen Prüfungen zu melden, dass er sie bis zum Ende des vierten Fachsemesters vollständig abschließen kann.
- (2) ¹Die Fachprüfungen der Diplomprüfung sollen bis zum Ende des achten Fachsemesters erbracht sein; daran schließt sich in der Regel die Anfertigung der Diplomarbeit an. ²Der Student hat sich so rechtzeitig zu den Fachprüfungen der Diplomprüfung zu melden, dass er sie bis zum Ende des achten Semesters ablegen kann.
- (3) ¹Überschreitet ein Student aus Gründen, die er zu vertreten hat, die Frist, innerhalb deren er sich gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 zur Prüfung melden soll, bei der Diplomvorprüfung um mehr als ein oder bei der Diplomprüfung um mehr als vier Semester, so gilt die jeweilige Prüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden. ²Dabei gelten nur die jeweils nicht rechtzeitig abgelegten Prüfungen als abgelegt und erstmals nicht bestanden. ³Die Frist nach Absatz 2 Satz 1 verlängert sich um die für die Wiederholung der Diplomvorprüfung benötigten Semester. ⁴Nach § 9 angerechnete Studienzeiten sind auf die Fristen anzurechnen.
- (4) ¹Überschreitet der Student die Frist nach Absatz 3 aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen, gewährt der Prüfungsausschuss auf Antrag eine Nachfrist. ²Vom Studenten nicht zu vertretende Gründe sind ohne Verzug schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geltend und glaubhaft zu machen. ³Über die Anerkennung der Gründe sowie die Dauer der Fristverlängerung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. ⁴Der Student erhält darüber einen schriftlichen Bescheid, der im Fall der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (5) Die Meldefristen und Prüfungstermine zu den einzelnen Prüfungen werden mit Beginn der Vorlesungszeit des Prüfungsemesters ortsüblich unter Angabe einer Ausschlussfrist bekannt gegeben.

§ 5

Prüfungsausschuss

- (1) ¹Für die Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. ²Er achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Der Prüfungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern.
- (2) ¹Je zwei Mitglieder werden vom Fachbereichsrat der Juristischen Fakultät und vom Fachbereichsrat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewählt. ²Zu Mitgliedern können nur Professoren der Universität Erlangen-Nürnberg gewählt werden. ³Der Ausschuss wählt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter.
- (3) ¹Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre. ²Eine Wiederbestellung ist möglich.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist geladen sind und außer dem Vorsitzenden wenigstens ein weiteres Mitglied anwesend und stimmberechtigt ist. ²Der Prüfungsausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Stimmhaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig.
- (5) ¹Der Vorsitzende beruft die Sitzung des Prüfungsausschusses ein. ²Er ist befugt, an Stelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon hat er dem Prüfungsausschuss unverzüglich Kenntnis zu geben. ⁴Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.
- (6) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Dem Kandidaten ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Widerspruchsbescheide werden vom Rektor im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss und den zuständigen Prüfern erlassen.

§ 6 Prüfer

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und die Beisitzer. ²Die Bestellung zu Prüfern soll in geeigneter Form bekannt gegeben werden. ³Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung notwendiger Wechsel des Prüfers ist zulässig. ⁴Scheidet ein prüfungsberechtigtes Mitglied aus der Universität aus, so bleibt dessen Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(2) ¹Zu Prüfern können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz und der Hochschulprüferverordnung vom 22. Februar 2000 (GVBl S. 67, BayRS 2210-1-1-6-WFK) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Befugten bestellt werden. ²Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer der Juristischen oder der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angehört und eine entsprechende Abschlussprüfung bestanden hat.

§ 7 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 50 BayHSchG.

(2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfer, der Beisitzer und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 4 BayHSchG.

§ 8 Bekanntgabe der Prüfungstermine

(1) Die Prüfungen werden in der Regel einmal innerhalb eines jeden Semesters abgehalten.

(2) Der Prüfungsbeginn und die Meldefrist zu den einzelnen Prüfungen werden spätestens einen Monat vorher durch Aushang bekannt gegeben.

(3) Die Termine der einzelnen Prüfungen und die Prüfungsräume werden spätestens zwei Wochen vor deren Beginn ortsüblich bekannt gegeben.

(4) Der Student hat sich innerhalb der Meldefrist beim jeweiligen Fachvertreter der einzelnen Fachprüfung zur Prüfung anzumelden.

§ 9 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) ¹Eine im Studiengang Rechtswissenschaft an einer inländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule bestandene Zwischenprüfung wird als rechtswissenschaftlicher Teil der Diplomvorprüfung anerkannt. ²Bestandene Teilprüfungen der Zwischenprüfung und andere Studien- und Prüfungsleistungen werden bei Gleichwertigkeit angerechnet. Fehlversuche sind anzurechnen.

(2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit Gleichwertigkeit gegeben ist. ²Dabei sind auch die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. ³Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit kann die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

§ 10 Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Versucht der Kandidat, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen, wird seine Prüfungsleistung mit der schlechtestmöglichen Note bewertet. ²Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann vom jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfung mit der schlechtestmöglichen Note bewertet.

(2) ¹Belastende Entscheidungen nach Absatz 1 sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Der Kandidat kann innerhalb eines Monats verlangen, dass die Entscheidung vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses überprüft wird.

§ 11

Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben und nicht geheilt werden können, ist auf Antrag des Kandidaten oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem bestimmten oder von allen Kandidaten die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(2) Angebliche Mängel des Prüfungsverfahrens müssen ohne Verzug, in jedem Falle aber vor Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder beim Prüfer geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 12

Schriftliche Prüfungen

(1) ¹Schriftliche Prüfungen werden in Form von Klausuren, Hausarbeiten oder Seminararbeiten erbracht. ²In ihnen soll der Kandidat nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den wissenschaftlichen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden kann.

(2) ¹Schriftliche Prüfungen sind in der Regel von zwei Prüfern zu bewerten. ²Von der Bestellung eines zweiten Prüfers kann abgesehen werden, wenn

1. kein zweiter Prüfer zur Verfügung steht,

2. die Bestellung eines zweiten Prüfers den Ablauf der Prüfung in unververtretbarer Weise verzögern würde.

³Der Prüfungsausschuss stellt zu Beginn des Prüfungstermins fest, ob ein zweiter Prüfer vorhanden ist, oder ob durch Benennung eines Zweitprüfers eine unzumutbare Verzögerung des Prüfungsablaufs eintreten wird.

(3) Wird eine schriftliche Prüfung nicht mit mindestens "ausreichend" bewertet, ist sie von einem zweiten Prüfer zu bewerten.

§ 13

Mündliche Prüfung

(1) Mündliche Prüfungen werden als Einzelprüfung oder in Gruppen mit höchstens vier Kandidaten durchgeführt.

(2) Zur mündlichen Prüfung ist ein Beisitzer zuzuziehen.

(3) ¹Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfer, des Beisitzers und der Kandidaten sowie besondere Vorkommnisse. ²Prüfer und Beisitzer unterzeichnen das Protokoll. ³Das Protokoll ist zu den Prüfungsunterlagen zu nehmen und mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

(4) ¹Bei mündlichen Prüfungen können Studenten, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörer zugelassen werden. ²Auf Verlangen eines Kandidaten werden Zuhörer ausgeschlossen.

(5) Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses geschehen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

§ 14

Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung der Fachnoten und der Prüfungsgesamtnote

(1) ¹Die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen wird vorbehaltlich der Regelung in Satz 2 vom jeweiligen Prüfer durch folgende Noten und Prädikate ausgedrückt:

1,0; 1,3 = sehr gut = eine hervorragende Leistung;
1,7; 2,0; 2,3 = gut = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7; 3,0; 3,3 = befriedigend = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7; 4,0 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
4,3; 4,7; 5,0 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Die Bewertung der Prüfungen nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 richtet sich nach § 8 der Zwischenprüfungsordnung der Juristischen Fakultät.

(2) ¹Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Teilleistungen, so errechnet sich die Fachnote aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten der Teilleistungen. ²Die Gewichtung nach Kreditpunkten ergibt sich für die Diplomvorprüfung aus der Anlage I. ³Im Zeugnis tragen die Fachnoten vorbehaltlich der Regelung in Absatz 1 Satz 2 folgende Bezeichnungen:

bei einem Durchschnitt bis 1,50 = sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,51 bis 2,50 = gut,
bei einem Durchschnitt von 2,51 bis 3,50 = befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,51 bis 4,0 = ausreichend,
bei einem Durchschnitt von über 4,0 = nicht ausreichend.

⁴Die dritte Stelle nach dem Komma entfällt.

(3) ¹Über die Diplomprüfung wird eine Prüfungsgesamtnote ausgewiesen. ²In die Ermittlung der Prüfungsgesamtnote gehen mit dem Gewicht ihrer Kreditpunkte ein die Noten der Fachprüfungen und die Noten der Diplomarbeit bzw. der Arbeiten nach § 3 Abs. 3 Satz 2. ³Die Gesamtnote einer bestandenen Diplomprüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,50 = sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,51 bis 2,50 = gut,
bei einem Durchschnitt von 2,51 bis 3,50 = befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,51 bis 4,0 = ausreichend.

(4) Die Diplomvorprüfung wird entweder als „bestanden“ oder als „nicht bestanden“ bewertet.

§ 15

Ungültigkeit der Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss die Bewertung der Prüfungsleistung berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird der Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen. ²Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 16

Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss einer jeden Teilprüfung erhält der Kandidat auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle.

(2) ¹Der Antrag ist binnen einem Monat nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) gilt entsprechend. ³Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 17

Bescheinigung über eine nicht bestandene Prüfung

Hat der Kandidat die Diplomvorprüfung oder die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Prüfungsfächern erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

§ 18

Sonderregelung für Behinderte

(1) Macht der Kandidat durch ein amtsärztliches Zeugnis glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form abzulegen, hat der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten zu gestatten, gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

(2) ¹Entscheidungen gemäß Absatz 1 werden nur auf schriftlichen Antrag hin getroffen. ²Der Antrag ist der Meldung zur Prüfung beizufügen.

Zweiter Teil

Besondere Vorschriften

I. Abschnitt Diplomvorprüfung

§ 19

Zulassungsvoraussetzungen, Zulassungsverfahren

(1) Zur Diplomvorprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeine oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife unter Berücksichtigung der Qualifikationsverordnung (BayRS 2210-1-1-3-UK/WFK) in der jeweils geltenden Fassung besitzt und
2. in dem Semester, in dem er sich der Diplomvorprüfung unterzieht, als Student im Diplomstudiengang Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg immatrikuliert ist.

(2) ¹Ohne Antrag zur Diplomvorprüfung zugelassen sind Studenten, die an der Universität Erlangen-Nürnberg seit dem ersten Fachsemester ohne Unterbrechung im Diplomstudiengang Internationales Wirtschaftsrecht immatrikuliert sind. ²In allen anderen Fällen ist ein Antrag auf Zulassung zur Prüfung erforderlich; dieser Antrag ist spätestens zwei Wochen ab Beginn der Vorlesungszeit des ersten Prüfungssemesters schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. ³Dem Antrag ist eine Erklärung darüber beizufügen,

1. ob der Kandidat eine der in Absatz 4 Nr. 2 genannten Prüfungen nicht bestanden hat,
2. ob er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet oder
3. ob er unter Verlust des Prüfungsanspruchs exmatrikuliert worden ist.

(3) Ist ein Kandidat ohne sein Verschulden nicht in der Lage, die erforderlichen Unterlagen in der vorgeschriebenen Weise zu erbringen, kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, die Nachweise in anderer Art zu führen.

(4) Die Zulassung zur Diplomvorprüfung ist zu versagen, wenn der Kandidat

1. die nach Absatz 1 vorgeschriebenen Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt oder
2. die Diplomvorprüfung im Studiengang Internationales Wirtschaftsrecht oder die Zwischenprüfung im Studiengang Rechtswissenschaft oder die Erste Juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden hat.

(5) ¹Die Entscheidung über die Zulassung sowie über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen ist rechtzeitig, spätestens eine Woche vor Prüfungsbeginn, dem Kandidaten schriftlich bekannt zu geben. ²Eine ablehnende Entscheidung ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 20

Umfang der Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung besteht aus

1. vier schriftlichen Fachprüfungen von jeweils mindestens zweistündiger Dauer, die entsprechend der Zwischenprüfungsordnung der Universität Erlangen-Nürnberg für den Studiengang Rechtswissenschaft studienbegleitend in den Hauptfächern Bürgerliches Recht, Strafrecht und Öffentliches Recht sowie in einem vom Prüfling zu wählenden Grundlagenfach abgenommen werden; Grundlagenfach kann sein Rechts- und Staatsphilosophie, Allgemeine Staatslehre, Rechtssoziologie, Methodenlehre und Rechtstheorie, Deutsche oder Römische Rechtsgeschichte, Römisches Privatrecht, rechtshistorische Exegese, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit sowie Verfassungsgeschichte der Neuzeit;
2. den Prüfungen in folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Fächern:
 - a) Grundzüge des betrieblichen Rechnungswesens mit den Teilfächern
 - aa) Kostenrechnung
 - bb) Buchführung
 - b) Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler mit den Teilfächern
 - aa) Analysis und Lineare Algebra
 - bb) Finanzmathematik
 - c) Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre I
 - d) Einführung in die Volkswirtschaftslehre und
 - e) Grundzüge der Statistik I.

(2) Der Umfang der Prüfungsleistungen (Prüfungsdauer), ihre Verteilung auf die Fachsemester und die Zahl der Kredit- und Maluspunkte ergibt sich aus der **Anlage I**.

§ 21

Bestehen der Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn

1. sämtliche Prüfungen nach § 20 Abs. 1 bestanden sind,
2. die Leistungsnachweise über eine erfolgreiche Teilnahme an den Übungen für Anfänger im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht vorliegen und
3. die Fremdsprachenprüfung in Englisch gemäß § 10 Abs. 2 und 3 der Prüfungsordnung der Universität Erlangen-Nürnberg für die Elementare, die Allgemeine und die Fachbezogene Fremdsprachenprüfung (UNICERT I bis IV) vom 26. Juli 1985 (KMBI II S. 275) in der jeweils geltenden Fassung bestanden wurde oder ein vom UNICERT Prüfungsausschuss als gleichwertig anerkannter Nachweis über entsprechende Kenntnisse der englischen Sprache vorgelegt wird.

(2) Über die nicht bestandene Diplomvorprüfung erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen Bescheid, der auch über die Möglichkeit der Wiederholung Auskunft gibt.

§ 22

Wiederholung der Diplomvorprüfung

(1) ¹Jede erstmals nicht bestandene Prüfung kann einmal wiederholt werden. ²Die Wiederholungsprüfung muss innerhalb von sechs Monaten nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses abgelegt werden, sofern dem Kandidaten nicht wegen von ihm nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird. ³Wird die entsprechende Lehrveranstaltung lediglich im Jahresrhythmus angeboten, verlängert sich die Frist auf 12 Monate. ⁴Die Fristen werden durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen. ⁵Bei Versäumnis der Fristen gilt die Diplomvorprüfung als endgültig nicht bestanden.

(2) Eine freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist nicht zulässig.

(3) ¹Eine zweite Wiederholung ist im rechtswissenschaftlichen Bereich im Grundlagenfach sowie in einem der drei Hauptfächer zulässig. ²Das Grundlagenfach kann bei der ersten oder zweiten Wiederholungsprüfung gewechselt werden. ³Im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich ist eine zweite Wiederholung zulässig, wenn die Summe der Maluspunkte unterhalb der Schwelle von 7 Punkten bleibt. ⁴Absatz 1 gilt entsprechend.

§ 23

Prüfungszeugnis

¹Über die bestandene Diplomvorprüfung wird eine Bescheinigung ausgestellt. ²Sie wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. ³Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht ist.

Zweiter Abschnitt

Diplomprüfung

§ 24

Die Vorschriften über die Diplomprüfung werden im Wege der Änderungssatzung erlassen.

Dritter Abschnitt

In-Kraft-Treten

§ 25

Übergangsregelung

Für die Bewertung von Prüfungsleistungen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 gilt - abweichend von § 14 Abs. 1 Satz 2 - bis einschließlich des Studienjahrs 2003/2004 folgende Regelung:

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt.

(2) ¹Die Prüfungsleistungen werden als „bestanden“ oder als „nicht bestanden“ bewertet. ²Bestanden ist eine Prüfungsleistung, wenn sie als mindestens „ausreichend“ im Sinn von § 1 der Verordnung des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die Erste und Zweite Juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl I S. 1243) in der jeweils geltenden Fassung einzustufen ist.

(3) ¹Abweichend von § 12 Abs. 2 und 3 erfolgt eine zweite Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen durch einen weiteren, vom Aufgabensteller zu bestimmenden Prüfer nur dann, wenn die Aufsichtsarbeit vom Prüfer als „nicht bestanden“ bewertet wird. ²Divergieren die Bewertungen bezüglich des Bestehens der Fachprüfung, entscheidet der Aufgabensteller über das Bestehen der Zwischenprüfungsleistung (Letztentscheid).

§ 26

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.


Anlage I (zu §§ 3 Abs. 2, 14 Abs. 2, 20 Abs. 2)

A Diplomvorprüfung

Prüfungsfächer	Prüfungsdauer in Minuten	Zahl der Kredit-Malus-Punkte	
I. Rechtsfächer			
1. Bürgerliches Recht	120 - 180	---	---
2. Strafrecht	120 - 180	---	---
3. Öffentliches Recht	120 - 180	---	---
4. Grundlagenfach	120 - 180	---	---
II. Wirtschaftswissenschaftliche Fächer			
1. Grundzüge des betrieblichen Rechnungswesens			
1.1 Kostenrechnung	90	2	2
1.2 Buchführung	90	2	2
2. Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler			
2.1 Analysis und Lineare Algebra	90	4	4
2.2 Finanzmathematik	90	2	2
3. Einführung in die betriebliche Datenverarbeitung	45	3	3
4. Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre I	60	4	4
5. Einführung in die Volkswirtschaftslehre	45	2	2
6. Grundzüge der Statistik I	120	4	4

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Erlangen-Nürnberg vom 20. Dezember 2000 und der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Schreiben vom 6. Februar 2001 Nr. X/5 - 10b/435.

Erlangen, den 13. Februar 2001


 Prof. Dr. G. Jasper
 Rektor

Die Satzung wurde am 13. Februar 2001 in der Universität Erlangen-Nürnberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am 13. Februar 2001 durch Anschlag in der Universität Erlangen-Nürnberg bekanntgegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 13. Februar 2001.